

(Fortsetzung 14:30 Uhr: Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu dem Antrag des Abg. Josef Frey u. a. GRÜNE, der Abg. Sabine Hartmann-Müller u. a. CDU, des Abg. Nicolas Fink SPD und der Abg. Alena Trauschel FDP/DVP – Impulse zur Zukunftskonferenz der Europäischen Union – Regionen als Mitgestalter und Vermittler eines demokratischen, nachhaltigen Europas in Vielfalt – Drucksachen 17/1664, 17/1675**

**Berichterstattung: Abg. Josef Frey**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt. In der Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Frey das Wort.

**Abg. Josef Frey GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Europaausschuss hat vergangene Woche mit einem einstimmigen Beschluss empfohlen, diesem Antrag, der Ihnen heute vorliegt, in der Plenardebatte zuzustimmen. Ich denke, dies ist eine der nächsten wichtigen Wegmarken der Europapolitik des Landes Baden-Württemberg in seiner 70-jährigen Geschichte.

Nach dem Beschluss zum Europa-Leitbild im Jahr 2019 haben wir 2022 mit diesem Antrag zur Zukunftskonferenz und zur Zukunft Europas nun einen weiteren wichtigen Meilenstein eingeleitet. Deswegen werbe ich schon jetzt um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Wir wollen mit diesem Text auch ein Signal aussenden, dass Baden-Württemberg mit voller Loyalität hinter der Europäischen Union steht, besonders was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anbelangt, und dass es diese zwei Punkte im Hinblick auf die Zukunft Europas besonders ernst nimmt.

Baden-Württemberg ist bereit, seine Verantwortung innerhalb Europas wahrzunehmen, auch von wirtschaftlicher Seite. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von etwa 500 Milliarden € stehen wir innerhalb der 27 Mitgliedsstaaten an siebter Stelle, das heißt, wir spielen hier wirklich mit, auch was die wirtschaftliche Seite betrifft. Was diesen Aspekt anbelangt, nimmt Baden-Württemberg seine Verantwortung wahr.

Aber wir haben auch eine aktive Bürgerschaft. Diese steht mit einer breiten Mehrheit hinter der Europäischen Union mit ihren Werten. Wenn man sich die Entwicklung der Wahlbeteiligung an den Europawahlen 2014 und 2019 anschaut, stellt man fest, dass wir in der Wahlbeteiligung tatsächlich 10 % zugelegt haben. Rein zufällig fällt das zusammen mit der Entwicklung des damaligen Europa-Leitbilds, das 2019 durch den Landtag gewürdigt wurde.

Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir auch in Zukunft Europa hier in unsere Gesellschaft einbringen können und stärken können, mit einer starken Bürgerbeteiligung, mit unserer Zivilgesellschaft und zusammen mit der Wirtschaft.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der

SPD)

Zur Geschichte der Zukunftskonferenz ist zu sagen, dass sie 2021 von der Kommission gestartet wurde. Dabei geht es um ein europaweites Beteiligungsmodell, das, denke ich, ein wenig wie kopiert von unserem Vorgehen bei dem Europa-Leitbild in Baden-Württemberg zu sein scheint. Nur wurden dabei eben 450 Millionen Menschen beteiligt, die die Möglichkeit haben, sich einzubringen.

Das Format gewährt eben auch neue Impulse für die Stärkung und Weiterentwicklung der europäischen Idee, die wir ja als ein Projekt sehen, das nie enden wird und woran wir immer arbeiten müssen.

Diese Konferenz ist ein einmaliger Prozess. So etwas hat es in dieser Breite in Europa noch nie gegeben. In allen europäischen Ländern haben Foren und andere Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger stattgefunden, mit mehrsprachigen Plattformen, internetbasiert, womit die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen wurden.

(folgt 058: Jede und jeder ...)

(Fortsetzung 14:35 Uhr Abg. Josef Frey GRÜNE)

Jeder und jede Einzelne konnte mitmachen und konnte seinen Beitrag dazu leisten, damit der Einzelne auch für ganz Europa Verantwortung übernehmen kann.

Ich kann für Baden-Württemberg sagen: Es gibt wahrscheinlich kein anderes Bundesland, das sich ansonsten so stark in diesen Prozess eingebracht hat. Ganz zuvorderst durch die Landtagspräsidentin, die auch ganz aktuell eine Broschüre über den Dialogprozess zur Konferenz zur Zukunft Europas mit jungen Menschen herausgegeben hat. Ich hoffe, dass Ihnen diese bald zur Verfügung steht, damit Sie sich die Ergebnisse durchlesen können.

Wir haben gemeinsam mit der Landesregierung Dialogformate auf transnationaler Ebene geübt – natürlich alles virtuell. Wenn wir die virtuellen Formate nutzen, besteht auch die Chance, dass wir uns die langen Wege sparen, um uns mit den Verantwortlichen aus unseren Partnerregionen – sei es aus dem Donaauraum, den „4 Motoren“ usw. – zu treffen und über die Zukunft Europas zu diskutieren.

Was vonseiten der Europäischen Union sehr gut übernommen wurde, war das Prinzip der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger. Sie erinnern sich, dass Gisela Erler diese Idee in unser Land gebracht hat; Frau Bosch führt diese weiter. Ich denke, wir können ihr an dieser Stelle für diesen Beitrag herzlich danken; denn so kann auch wirklich in der Breite erfasst werden, wie die Menschen in unserem Land Europa in Zukunft sehen wollen. Herzlichen Dank an Gisela Erler!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der heute vorliegende Antrag steht auch für die Anhörung im Landtag zur Zukunft Europas, bei der wir verschiedene Sachverständige gehört haben. Die Vorschläge, die sie uns vor einigen Wochen gemacht haben, haben wir nun in den Beschlussvorschlag aufgenommen.

Ich denke, dass wir diesen Weg fortsetzen sollten, weil Europa für uns auch immer ein Zukunftslabor und eine Chance darstellt, wie wir unser Zusammenleben in Zukunft gestalten wollen.

Die Europäische Union ist insgesamt weiterzuentwickeln. Es sitzen z. B. 25 000

Lobbyisten in Brüssel, die mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden € Meinung bilden. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform geben – sei es virtuell, persönlich hier im Landtag oder auf zukünftigen Bürgerforen –, um wirklich ein gemeinsames Bild zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik über die Zukunft Europas zu zeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Antrag macht auch noch einmal deutlich, dass für diesen Prozess eigentlich zwei Jahre angesetzt waren. Wir wollen auf jeden Fall eine Verlängerung dieser Zukunftskonferenz, weil wir ein Jahr später als vorgesehen gestartet sind. Wir wollen mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und diese fortsetzen. Und wir wollen einen breiten Dialog hier im Land. Ich nehme wieder das Beispiel aus den Jahren 2018/2019, als wir wirklich viele Leute und viele Menschen in Baden-Württemberg begeistern konnten, zur Europawahl zu gehen. Sie sollen aber auch an dem Prozess zum Europaleitbild genauso mitwirken, wie jetzt beim Zukunftsprozess in Europa insgesamt.

Baden-Württemberg hat eine Außengrenze mit der Schweiz und mit Frankreich

und dient dort gleichzeitig als Seismograf für die europäische Integration. Daher müssen wir auch eine besondere Verantwortung übernehmen. Wir sehen an den Grenzen immer als Erste, wo es in Europa klemmt, und können dadurch auch wichtige Botschaften nach Brüssel oder nach Berlin schicken, um die Grenzhindernisse, die weiter bestehen, zu eliminieren.

Wir müssen noch mehr Wert darauf legen, die europäische Demokratie mit ihrer Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit zu schützen, auch gegenüber jenen am rechten Rand – in Polen oder in Ungarn –, die dieses Konstrukt, diese Union in Vielfalt gefährden.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Folgt 059: Das wurde im Übrigen auch ...

(Fortsetzung 14:40 Uhr: Abg. Josef Frey GRÜNE)

Es wird im Übrigen bei den Äußerungen in Bürgerdialogen auch sehr deutlich, dass es den Menschen bei diesen Bürgerdialogen wichtig ist, dass vor allem die Rechtsstaatlichkeit und unsere Demokratie, die gemeinsamen Werte, die im allgemeinen Vertrag in Artikel 2 festgeschrieben sind, eingehalten werden und dass da keine Erosion stattfinden darf.

Weitere wichtige Punkte, die im vergangenen Jahr immer wieder genannt wurden, waren der Klimawandel und die Nachhaltigkeitsziele der UN. Ich glaube, diese Punkte sind enorm wichtig, es ist wichtig, dass wir diese auch umsetzen. Denn nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger merken, dass wir ihre Bedürfnisse und Eingaben auch ernst nehmen, werden sie sich auch weiterhin am Projekt Europa beteiligen und daran mitwirken.

Wir, die Fraktion GRÜNE, unterstützen gerade diese Forderung ganz besonders und uneingeschränkt. Wir möchten zur Konferenz unsere Vision eines klimaneutralen Europas beitragen, und zwar ohne Wiederbelebung von Atomenergie oder fossilem Gas und mit Investitionen in regenerative Energien.

(Beifall bei den Grünen)

Mit diesem Antrag bekennen wir uns zu einem Europa, das mit und für seine Bürgerinnen und Bürger arbeitet und nehmen unsere Rolle als Teil der europäischen Demokratie wahr – für eine transparente, demokratische, auf gemeinsame Werte verpflichtete europäische Union der Bürgerinnen und Bürger, die globale Verantwortung für Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit, Frieden, Achtung der Menschenrechte und die Erhaltung der gemeinsamen Lebensgrundlagen übernimmt. Das sind unsere Schlüsselwörter für die Zukunft Europas. Deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung für diesen Antrag.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des  
Abg. Nicolas Fink SPD)